

Krafer Zeitung.

Nr. 271.

Montag den 27. November

1865.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierpaltige Zeile 5 Mr., im Anzeigenblatte für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Belegungen und Gelder übernimmt Carl Schneider. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 16876.

Das Krafer k. k. Oberlandesgericht hat die bei dem k. k. Landesgerichte in Krafer erledigte Gerichts-Adjunctenstelle dem Gerichte = Auscultanten Adolph Podwin provisorisch verliehen.
Krafer, den 30. October 1865.

Z. 30313.

Die Krafer k. k. Statthalterei-Commission hat die an der Gorlice Hauptchule erledigte Lehrerstelle dem bisherigen Supplenten dieses Postens Michael Skwirzyski zu verleihen befunden.
Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krafer, den 23. November 1865.

Nr. 26861.

Die Gemeinde Grzechynia (Wadowicer Kreis) hat sich im Zwecke der Errichtung einer eigenen Volksschule im Orte verbindlich gemacht: zum Unterhalte des Lehrers jährlich 110 fl. ö. W. beizutragen, ein angemessenes Schulhaus zu erbauen, dasselbe stets im guten Stande zu erhalten, die nöthigen Schulrichtungsstücke anzuschaffen, für die Schulüberwachung Sorge zu tragen, endlich zur Schulbeheizung jährlich 6 Klafter weiches Brennholz aus Eigenem beizustellen.

Dieses an den Tag gelegte Streben nach Förderung des Volksunterrichts wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krafer, am 22. November 1865.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den Hofrath beim Oberlandesgerichte in Krafer Victor Carl Adam Ropy als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 16. October v. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß Michael Maximilian Graf Cantoni den Namen seines verstorbenen Großvaters Conte Maximiliano Marca annehmen und sich in Zukunft Cantoni-Marca nennen und schreiben dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 8. November d. J. dem Obergericht des Kaiserlichen Hauptkassamtes Ferdinand Donati aus Anlaß seiner Vererbung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vielfährigen, treuen und erfruchtlichen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 8. November d. J. dem Amtsofficial der Finanz-Landesdirection in Agram Georg Watic in Anerkennung der mit eigener Lebensgefahr bewiesenen Errettung zweier Knaben von dem Tode des Ertrinkens das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 16. November d. J. dem Oberlehrer am Blinden-Institute in Lemberg Markus Markowski in Anerkennung seiner eifrigen und erfolgreichen Mitwirkung bei der Einrichtung der Blindenbeschäftigungsanstalt im Lemberger Zwahlenhause das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 10. November d. J. den ordentlichen öffentlichen Professor der Preßburger Rechtsakademie Dr. Paul Hoffmann zum ordentlichen öffentlichen Professor des römischen Rechtes an der Kaiserlichen Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 21. November d. J. die Wiederwahl des Ober-Landesgerichtsrathes Dr. Carl Porenta zum Vordem der reichsunmittelbaren Stadt Triest allergnädigst zu befähigen geruht. (Wegen unrichtigen Abdruckes wiederholt.)

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Entscheider in Ungarn Stephan Rakovsky de Nagy-Rako die k. k. Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 21. November d. J. den Landtagsabgeordneten und Viehhirtenmeister von Zunsbrunn J. U. Dr. Franz Rapp an der Stelle des verstorbenen Carl von Zallinger zum Stellvertreter des Landeshauptmannes für Tirol allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 18. November d. J. auf Vorschlag des Gemeinderathes und der Centralcongregation den Anton Gaccianiga zum Deputirten der Stadt Treviso bei der lombardisch-venezianischen Centralcongregation allergnädigst zu ernennen geruht.

Zugleich haben Se. Majestät dem von dieser Stelle abtretenden Cavaliere Barrea Foscan für dessen in verschiedenen Zweigen der öffentlichen Verwaltung geleistete vielfährige und eifrige Dienste die Allerhöchste Anerkennung ausgedrückt geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 12. November d. J. die von dem Lehrkörper der Akademie der bildenden Künste in Wien vorgenommene Wahl der Mitglieder: Oberbaurath Eduard Van der Nüll und Heinrich Ferkel, der Maler Fritz Mallemand und Franz Dohy, Joseph Schowatzky, der Bildhauer Joseph Gasser und Vincenz Pilz, und der Kunstfreunde Philipp Draxler, Freiherr von Carin und Gustos Eduard Freiherr von Sacken zu würtlichen Mitgliedern und akademischen Räten dieses Kunstinstitutes allergnädigst zu befähigen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 27. November.

Laut dem Altonaer Merkur vom 24. d. verständigten sich die beiden Großmächte dahin, demnächst einen gemeinschaftlichen Antrag am Bunde einzubringen, daß der Frankfurter Senat aufgefördert werde im Interesse der Würde des Bundes solche Maßregeln zu treffen, wodurch ähnliche Vorfälle, wie die vom Abgeordnetentage, nicht wieder vorkämen, widrigenfalls der Bund genöthigt wäre, selbst Gegenmaßregeln zu treffen.

Die „Kreuzzeitung“ bringt einen Leitartikel über die Stellung der „freien Stadt“ Frankfurt. Sie weist auf die bundesgesetzliche Stellung Frankfurts hin, constatirt die „ehr- und straflose“ Haltung der dortigen Behörden, das wählerische Treiben der in Frankfurt centralisirten Vereine und kommt zu dem Schlusse, daß der Senat, der bei alledem behauptet nicht gegen die Bundesgesetze verstoßen zu haben, unter der Herrschaft der Demagogie stehe.

Die „Kreuzztg.“ schließt ihren Leitartikel, in welchem sie ihre Leser über die Situation und damit gleichzeitig über die unabwieslich gegebenen ferneren Ziele der preußischen Politik in's Klare setzen will, mit den Worten: Preußen ist es jetzt unmöglich, still zu stehen oder gar zurück zu weichen. Was wir bis jetzt gethan haben, ist so präjudicial, daß uns keine andere Wahl bleibt, als Alles an Alles zu setzen. Fortsetzen, was wir bisher gethan; unerschütterlich beharren bei dem, was wir mit Recht bisher gefordert; feststehen in dem Glauben an die historische Mission Preußens; nicht schwanken in dem Vertrauen auf die Hand, welche uns leitet, gleich fern von Kleinmuth und Ueberhebung. Dies wird die rechte Stimmung und Haltung sein, um das was wir siegreich begonnen, auch ruhmvoll auszuführen.

Der Annexionsartikel der „Allgem. Z.“ macht noch immer von sich reden. Sonderbarerweise hatte die „Sachsen-Z.“ auf Herrn v. Lerchenfeld als Verfasser gerathen. Derselbe weist nun in einer Zuschrift an das Altonaer Blatt die Insinuation zurück und erklärt dabei sein Festhalten an dem alten Rechtsstandpunkte, wie er ihn von je in dieser Frage eingenommen. Von Roggenbach'scher Seite ist eine Befreiung der vielfach dem Badischen Staatsmanne zugeschriebenen Auctorität bis jetzt noch nirgends erfolgt.

Die „Kieler Ztg.“ veröffentlicht nachstehende Antwort des Prinzen v. Augustenburg an General Manteuffel: Niedstädten 17. November. Eu. Excellenz geehrtes Schreiben vom 31. October habe ich empfangen. Wenn Sie die in meinem Schreiben enthaltene Bemerkung über die wünschenswerthe Berufung einer freigewählten Landesvertretung als Rathschlag auffassen, so war meine Absicht eine andere. Während Sie meinen, ich sei über die eigentliche Stimmung der Bevölkerung Schleswigs unvollkommen unterrichtet, wünschte ich lediglich daß alle Welt darüber auf dem einfachsten Wege vollkommen unterrichtet werde. Wenn Eu. Excellenz mich nicht berechtigt halten, von Ihnen anerkannte Thatsachen als unrichtig anzuerkennen, so ist auch hierin mein Standpunkt ein anderer und ich trage kein Bedenken, jedermann das Recht zuzugestehen, mir gegenüber sich gegen thatsächliche Behauptungen zu verhalten, zumal dann wenn meine Kenntniß nicht auf eigener Wahrnehmung beruht. Uebrigens sehe ich mich nicht veranlaßt auf Ihren Brief näher einzugehen und betrachte meinerseits diese Correspondenz als geschlossen.

Die Regierungen von Württemberg und Hannover haben, der „Pr.“ zufolge, Noten nach München gelangen lassen, worin sie kundgeben, daß sie die wirtschaftliche Dringlichkeit eines italienisch-zollvereinsländischen Handelsvertrages nicht anzuerkennen vermögen.

Der „Constitutionnel“ erblickt in der Thatsache der Ausgabe eines österreichischen Anlehens in Paris ein wahrhaft finanzielles Ereigniß, welches die von Frankreich als Markt des europäischen Capitals erlangte Suprematie und die Tendenz des Wiener Cabinets beweise, den österr. Kaiserstaat an dem großen internationalen Tauschverkehr theilnehmen zu lassen.

Die „France“ reproducirt, wenn auch an sehr verstockter Stelle, die Nachricht der „Indep.“ über die Ausöhnung des Prinzen Napoleon mit dem Kaiser und die Wiederübernahme der Präsidentenstelle für die Industrieausstellung seitens des ersteren. Ganz aus der Luft gegriffen scheint also das bereits vor einigen Tagen gemeldete Gerücht nicht zu sein.

Nach dem Rechenschaftsberichte, welchen die Administration der Zölle soeben veröffentlicht hat, ist nicht vor der Höhe der Ziffer zurückgekehrt, die eine die französische Ausfuhr nach Mexico im Jahre 1864 von 27 auf 77 Millionen gestiegen. Dieses

Resultat begeistert jetzt selbst das „Journ. des Deb.“ zu dem Wunsche, Frankreich möge die Klugheit haben, jenes so reich ausgestattete Land auch fernerhin in seinem Restaurationswerke mit allen Kräften zu unterstützen.

Der Spectator, dessen Ansichten über die Emigration auf Jamaica mit denen der Daily News übereinstimmen, empfiehlt, die Insel in derselben Weise wie Ceylon, nämlich durch einen unumschränkten Vertreter der heimischen Regierung, zu verwalten. Ceylon florirte dabei und habe eine treffliche Justiz, erfreue sich daher der tiefsten Ruhe und Sicherheit. Die Pflanzler in Jamaica seien eine entartete und unfittliche Race, und sehr mit Unrecht habe man die patriarchalische Gewalt englischer Landgentlemen ihnen in die Hand gegeben. Sie machten von derselben keinen anderen Gebrauch, als daß sie auf indirecte Weise sich die Privilegien der alten Sklavhalterzeit wieder zu verschaffen suchten. Ein von der Regierung eingesetzter Gouverneur würde ein Weiser sein, also gewiß kein Racenvorurtheil gegen die Pflanzler haben.

Die „S.-G.“ schreibt aus Wien: Wiener Blätter erwähnten dieser Tage einer, auf den Abzug der französischen Truppen aus Rom bezüglichen Depesche, die der päpstliche Nuntius hier mitgetheilt haben sollte. Wir vernehmen, daß die betreffende Nachricht aller thatsächlichen Begründung entbehrt.

Die „General-Corresp.“ bringt folgenden, „Das neue Anlehen“ überschriebenen Artikel: Die Aufmerksamkeit der europäischen Finanzkreise ist neuerdings auf Oesterreich hingelenkt worden. Die kaiserliche Regierung hat soeben unter den schwierigsten Verhältnissen in Paris eine Anleihe abgeschlossen, die sowohl in volkswirtschaftlicher als auch in politischer Beziehung von der größten Bedeutung ist und auch die Opfer reichlich aufwiegt, welche jede Vermehrung der Staatsschuld den Völkern Oesterreichs aufbürdet. Oesterreich ist in Folge einer Verkettung von unabwieslichen Verhältnissen in eine Schuldenlast gerathen, die den Staatscredit empfindlich alteriren mußte. — An und für sich wäre eine große Schuldenlast noch kein Unglück für einen an Hilfsquellen so reichen Staat wie Oesterreich, aber dieser Trost ist dennoch nur dann zutreffend, wenn Handel und Industrie, Ackerbau und Gewerbe blühen und die Steuerkraft erhöhen. Dies sehen wir am besten bei der englischen Staatsschuld. In dem napoleonischen Kriege wuchs dieselbe zu einer riesigen Höhe, aber nachdem der Wohlstand Englands nach Abschluß des Friedens in gleichem Maße zunahm, und die Steuerzahler die ihnen aufgebürdeten Lasten nicht ertragen konnten, so hörte die Staatsschuld allmählig auch auf, eine schwer fühlbare Last für England zu sein. Für Oesterreich ist die hohe Ziffer der Staatsschuld allerdings noch sehr drückend, aber nur deshalb, weil die volkswirtschaftliche Entwicklung des Kaiserstaates hinter den Fortschritten des übrigen Europa's zurückgeblieben ist. Wenn wir nun trotzdem behaupten, daß der nach so vielen Verzögerungen endlich zu Stande gekommene Abschluß des neuen Anlehens für die kaiserliche Regierung von großem Werth ist, so rührt dies ganz einfach aus dem Umstand her, weil die Finanzverwaltung der Sorge um den täglichen Bedarf endlich enthoben und erst mit voller Ruhe an die Lösung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe gehen könne. Die österreichische Industrie und der österreichische Handel verlangen billige Frachten und billiges Geld. Dasselbe gilt auch in noch höherem Maße von dem österreichischen Grundbesitze, der ohne Beschaffung billiger Geldquellen dem Ruine entgegengeht. Insofern aber der Staat selbst das Capital durch seine Anleihe vertheuert und sogar vertheuern muß, werden Handel und Industrie vergebens Hilfe suchend, zu ihm emporblicken.

Die kaiserliche Regierung mußte daher der Concurrenz der Capitalien den weitesten Spielraum gewähren, um auf diesem Wege den landläufigen hohen Zinsfuß herabzudrücken und die Industrie, so wie den Grundbesitz wieder lebensfähig zu machen. Würde die Regierung vor zwei Monaten im Lande selbst eine Anleihe aufgelegt haben, so hätte sie den Rückgang der bereits im Verkehr befindlichen Papiere eben so wenig aufgehalten, als dies seither der Fall gewesen, nur mit dem Unterschiede, daß den österreichischen Staatspapieren jetzt der reiche Pariser Geldmarkt erschlossen würde und Concurrenz geschaffen ist, die allmählig auch nicht ohne Einwirkung auf den Cours unserer Papiere bleiben kann. Die Regierung hat aber auch begriffen, daß die für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse so wichtige Herbeiziehung des auswärtigen Capitals in diesem Momente nicht ohne die empfindlichsten Opfer durchführbar wäre und ist nicht vor der Höhe der Ziffer zurückgekehrt, die eine die französische Ausfuhr nach Mexico im Jahre 1864 von 27 auf 77 Millionen gestiegen. Dieses

der österreichische Unterhändler Wien verließ, um im Auslande eine Anleihe zu vereinbaren, fand er die großen Geldmänner für ein Geschäft mit Oesterreich nicht sehr günstig gestimmt. Die Erinnerung an die Verluste, welche die Finanzen bei den verschiedenen Finanzoperationen der letzten vier Jahre erlebt, hatten dieselben verstimmt. Dazu kam noch der sehr bedauerliche Umstand, daß viele der treuesten Besitzer österreichischer Papiere sich von Oesterreich losgesagt und in „Amerikanern“ ein Placement gesucht und gefunden. Es galt also vorerst, die Sympathien des Capitals für Oesterreich wieder wach zu rufen und dann aber die großen Geldmächte für österreichische Werthe wieder zu gewinnen. Dieser Zweck scheint auch vollkommen erreicht worden zu sein. Die wichtigsten Geldinstitute Frankreichs und Deutschlands, so wie die achtbarsten Banquiers aller großen Geldmäkte, sind für die neue Finanzoperation der kaiserlichen Regierung gewonnen worden. Der große Operationcredit zweier so mächtiger Geldinstitute, wie Credit-Foncier und Comptoir d'Escompte, werden den glücklich combinirten Papieren bald jene Verbreitung zu schaffen wissen, die sie ihrer Natur nach verdienen. Die lange Verzögerung der Anleihe hat dieselbe wohl allerdings vertheuert, aber unseren Papieren dafür einen großen Markt gewonnen, und den heimischen Capitalien eine Concurrenz geschaffen, die allmählig auch einen Druck auf den leiser so hohen Zinsfuß ausüben werden. Dies ist das Ziel der kaiserl. Regierung. Die Besserung der Valuta und das allmählige Steigen der Papiere sind die ersten Früchte einer nach so vielen Schwierigkeiten mit Erfolg gekrönten Finanz-Operation.

Zum Abschluß der neuen Anleihe bringt die „W. Abdp.“ einen Artikel, welcher ankündigt, daß am Montag (heute) an den wichtigsten europäischen Geldmärkten, in Paris, Brüssel, London, Wien, Frankfurt und Hamburg, die Subscriptionen auf das neue österreichische Anlehen eröffnet werden, die Vorzüge desselben betont, die Schwierigkeiten, welche sich dem Abschluß entgegenstellen, erwähnt, und dann weiter lautet wie folgt:

Die Finanzverwaltung traf die geeignetsten Maßregeln, um die heimischen Geldkräfte nicht wieder in Anspruch nehmen und der Industrie und dem Handel ihre letzten Ressourcen entziehen zu müssen. Das Erfolg des letzten Anlehens war wohl allerdings sehr verlockend und schien Vielen als der geeignetste Modus der Geldbeschaffung, umsomehr da die großen Geldmäkte durch die großen Verluste, die sie an österreichischen Werthen erlitten, für eine neue österreichische Anleihe wenig disponirt schienen und überdies auch noch ein großer Theil der letzten Silber-Anleihe nicht realirt worden war. Die Finanzverwaltung aber, welche die Steuern nicht abermals auf Jahre hinaus verpfänden wollte, ließ sich durch alle diese Schwierigkeiten nicht zu einem Appell an das heimische Capital bewegen, sondern befaßte darauf, sich diesmal an das ausländische Capital zu wenden. Diese volkswirtschaftlichen Erwägungen sind die Genese einer Operation, die allerdings dadurch, daß sie sich so ungewöhnlich in die Länge gezogen, dem Staate auch ungewöhnliche Opfer aufbürdet; allein die moderne Finanzgeschichte lehrt uns, daß Frankreich z. B. in den ersten Jahren der Restauration eine 5perc. Anleihe unter 60 aufgenommen und die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren ihre 6perc. Bonds sogar mit 40 und noch billiger hergaben, um dem Staate im Momente einer großen Bedrängniß die Mittel zu seiner Existenz zu sichern. Oesterreich selbst hat nach den Franzosen-Kriegen noch viel härtere Bedingungen als jetzt bewilligen müssen, um ein Anlehen unterzubringen, und doch hat sich der Credit unseres Staates in den darauffolgenden Friedensjahren in einer Weise gekräftigt, welche den Staats-Gläubigern Oesterreichs den reichsten Gewinn an ihrem Papierbesitz brachte. Nur hat man diese dreißigjährige Friedensperiode leider nicht zur Hebung des Wohlstandes der Völker auszunutzen verstanden, während man Oesterreich nur aus diesem Grunde so reichlichen Vorschub leistet, weil man der Industrie und dem Handel, sowie dem Grundbesitze nicht die Mittel zu ihrer Existenz erschweren, sondern vielmehr ihrer geistlichen Entwicklung den ausgedehntesten Vorschub leisten will. — Die Opfer, welche Oesterreich diesmal bringen muß, um das auswärtige Capital für die letzten Jahre zu entschädigen, sind sicherlich bedeutend genug, um der Regierung die äußerste Schonung der Steuerkraft der Völker zur heiligsten Pflicht zu machen, allein es wird wohl kaum jemand die volkswirtschaftliche und politische Bedeutung dieser Finanz-Operation verkennen und darf die Regierung wohl auch in dem Vertrauensvotum des auswärtigen Capitals die Verhütung finden, daß man ihr überall, wo man sich die gehörige Unbefangenheit gewahrt, auch die Befähigung und die Kraft zutruet, die Neugestaltung Oesterreichs auf verfassungsmäßigem Wege zu vollbringen. Der Abschluß des neuen Anlehens ist daher auch ein Er-

eignis, welches der kaiserlichen Regierung ebenso sehr als den Völkern Oesterreichs zur vollen Befriedigung gereichen kann.

Ueber die jüngste Anleihen-Operation wird dem „Pester Lloyd“ geschrieben: Die Creditanstalt, sowie die anglo-österreichische Bank und die Comptentanstalt haben sich mit dem Pariser-Consortium ins Einvernehmen gesetzt. Dasselbe gilt auch von mehreren hiesigen Banquiers. Es ist dadurch der Subscription eine starke Beihilfung des hiesigen Platzes gesichert. Als ein besonderer Vorzug dieser Operation wird die Art und Weise der Verlosung, sowie die Form des Papiers selbst gehalten. Durch die Verlosung steigert sich nämlich das Erträgnis des Papiers, während auf der andern Seite die Form der Obligationen die Veräußerlichkeit desselben bedeutend erhöht. Um für den Fall einer Ueberzeichnung auch die häufig bei ähnlichen Subscriptionen vorkommenden Anzuchtlichkeiten zu vermeiden, ist bestimmt worden, daß die Subscriptionen des ersten Tages bei einer Repartition den Vorzug vor den an den beiden anderen Tagen eingeleiteten Subscriptionen erhalten. Dadurch werden sich alle jene, die subscribiren wollen, beeilen, dies schon am ersten Tage zu thun und nicht bis zum Schluß der Subscription zu warten.

Die wegen Mangel an Raum Sonnabend zurückgebliebenen weiteren telegraphischen Vortagsberichte melden aus:

Wien, 23. November. Landtagseröffnung. Mittheilung des kaiserlichen Manifestes und Patentes vom 20. September und eines kaiserlichen Handschreibens vom 7. Nov., welches die Mittheilung des September-Patentes an die Landtage anordnet (über die vorangehende Feierlichkeit etc. wurde schon Freitag berichtet). Es wurde beantragt, einen Ausschuss einzusetzen, welcher die besonderen Rückwirkungen des September-Patentes auf das Wohl des Landes zu erwägen, darüber zu berichten und geeignete Anträge zu stellen hat. Der Antrag wurde sofort angenommen. Dem Ausschuss wurde die Mittheilung Sr. Exc. des Statthalters über das September-Patent zugewiesen. In den Ausschuss für Tinti's Antrag wurden gewählt: Cardinal Rauscher, Dr. Fischer, Dr. Bauer, Kuranda, Brestl, Lösch. Tinti's Antrag motivirt zwölf Erwägungen. Der Antrag geht auf Wahl eines Silber-Ausschusses. Rauscher dafür, Schmerling dagegen. Mit Majorität angenommen. In den Silberauschuss gewählt: Brestl, Kuranda, Rauscher, Bauer, Fischer, Lösch.

In der Landtagssitzung vom 24. d. werden bei der Nachwahl in den Verfassungsausschuss gewählt: Pratobera, Tinti, Berger, Mühlfeld, Schindler; zum Obmann Cardinal Rauscher, zum Obmann-Stellvertreter Pratobera. Cardinal Rauscher hält eine Ansprache, in welcher er dankt, und bittet seine Stellung zu bedenken. Er sagt unter Andern, die Rückkehr zum Absolutismus sei unmöglich. Oesterreich müsse constitutionell sein. Die Februarverfassung enthalte die Hauptbedingungen der Reichseinheit. Sie stärke die Centralisation der Osthälfte der Monarchie, desto mehr sei die Reichseinheit gefährdet. Graf Dreuner hat sein Mandat niedergelegt.

Linz, 24. November. Die heutige Sitzung war den Wahlen für die Ausschüsse gewidmet. In den Ausschuss betreffend das Septemberpatent wurden gewählt: Dr. Kremer, Pechler, Wiser, Eigner, Hann, Figuly und Seyerl. Obmann dieses Ausschusses ist Wiser.

Salzburg, 23. November. Der Landtag wurde heute um 11 Uhr durch den Landeshauptmann eröffnet. Derselbe liefert in seiner Ansprache einen Ueberblick über die Lage des Landes, betont die Wichtigkeit der Zeitverhältnisse und spricht die Ueberzeugung aus, daß des Reiches Einheit und Macht zunächst nur dann gedeihen werde, wenn die verlebene Verfassung auch zur vollen Wahrheit werde, und nur in der gewissenhaften Durchführung derselben im ganzen Reich vermöge man den ausreichenden Schutz für die verfassungsmäßigen Rechte des Landes selbst zu erkennen. Der Landeschef übergibt nach einer kurzen Ansprache dem Haupte das k. Manifest vom 20. September, dann eine Regierungsvorlage, die politische Organisation des Landes betreffend. Der Fürst-Erzbischof anerkennt die Tätigkeit des Landes-Ausschusses und hofft auf eine glückliche Entwicklung der Verfassungs-Zustände; denn wenn jedes Land das Seine thue, werde sich ein schöner Bau zusammensetzen. Von 18 Abgeordneten wurde der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen, einen Ausschuss von 7 Mitgliedern einzusetzen Behufs Beantwortung der Frage, ob und in welcher Weise die Allerhöchste Mittheilung in einer Adresse zu beantworten sei, dann um überhaupt nach §. 19 der Landesordnung die Rückwirkung, welche durch die Allerhöchsten Acte auf das Wohl des Landes hervorgerufen wird, in Erwägung zu ziehen, Bericht zu erstatten und allfällige Anträge zu stellen. Der Antrag wurde angenommen und hierauf die Sitzung über Dr. Stiegers Antrag geschlossen.

Salzburg, 24. November. In der heutigen Sitzung erfolgte die Mittheilung der eingelaufenen Petitionen; sodann wurden mehrere die inneren Verhältnisse des Herzogthums Salzburg betreffende Angelegenheiten erledigt. Darunter ein Antrag des ständigen Ausschusses von der ferneren Suttentation der Thierärzte im Gebirge abzugeben. Dieser Antrag wurde angenommen. Nächste Sitzung Montag.

Klagenfurt, 24. Nov. Der Landeschef legt eine neue Bauordnung für Kärnten mit Ausschluß von Klagenfurt vor. Der Landesausschuss bringt das Präliminare für 1866 und den Rechnungsabschluss von 1863 zur Vorlage.

Brünn, 24. November. Mit Bezug auf den Umstand, daß gestern die Mitglieder der Linken bei dem Antrage des Erzbischofs auf Erlassung einer

Dankadresse in die Hoch- und Slavarusche der Rechten nicht eingestimmt hatten, erklärt heute Dr. Giskra im Namen der liberalen Partei zur Beseitigung etwaiger Mißverständnisse, daß seine Partei der rechten Seite des Hauses darum an Loyalität nicht nachstehe, wenn sie auch staatsrechtliche Fragen nicht als eine Sache der Gefühlsaufwallung, sondern der ernstesten Erwägung betrachte. — Die Wahl des deutschen Abgeordneten Zajicek von Prohns wird für ungültig erklärt.

Ezerowiz, 24. November. In der heutigen Sitzung begründet Baron Wasilko seinen Adressentwurf durch die Wichtigkeit des Septembermanifestes und Patentes. Es findet hierauf die Wahl eines Ausschusses für die Adresse, dann Wahlen des Petitions- und Finanzausschusses statt.

Troppau, 24. November. In der heutigen Sitzung beauftragt Abg. Dr. Heinz einen Ausschuss zu wählen, welcher zu berichten hat, in welcher Art das Patent vom 20. September mit den zu Rechte bestehenden Staatsgrundgesetzen in Einklang gebracht und formell als Ausgangspunkt benützt werden könne, um die angestrebte Verständigung mit den Vertretern der Länder der ungarischen Krone anzubahnen und Anträge zu stellen hat, welche besondere Schritte vom Landtage zu beschließen seien. Dieser Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Wien, 25. Nov. [Die neue Anleihe.]

Diese Zeilen kommen leider zu spät, um Ihren Lesern zuerst die erfreuliche Mittheilung zu bringen, daß es der Finanzverwaltung gelungen ist, ihre seit Monaten anhaltende Bemühung, eine Creditoperation zum Abschluss zu bringen, von günstigem Erfolg gekrönt zu sehen. Von einem günstigen Erfolg zu sprechen ist man im gegebenen Falle vollberechtigt, ohne sich einer Uebertreibung schuldig zu machen. Wenn je, so darf es im gegenwärtigen Augenblicke, angesichts des Standes der inneren staatsrechtlichen Fragen und der Angst, die aus Unkenntnis oder Tendenzmacherei von mißgünstiger Seite her ertönen, mit aller Befriedigung verzeichnet werden, daß gerade das Ausland es war, das einen so gewichtigen Beweis von dem Zutrauen abgab, das es in eine Consolidierung des Kaiserstaates unter der jetzigen Regierung setzt. Es ist dieses Symptom um so gewisser untrüglich, als das Ausland überhaupt und der Geldmarkt insbesondere nicht die Geflogenheit haben, die Dinge durch rosiges Gläser anzusehen. Es beweist dieser Erfolg aber auch ferner, daß die Finanzverwaltung den richtigen Weg einschlug, als sie zur Beschaffung der Anleihe lediglich den außerösterreichischen Geldmarkt in Anspruch zu nehmen sich entschloß. Politische und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte waren hiebei gleich maßgebend für dieselbe. Was die letzteren anbelangt, so dürfte eine Regierung, welcher es ernstlich um die Hebung der Staatswirtschaft zu thun ist, sich nicht verheimlichen, daß man bei Contrahierung des Anlebens im Inlande dem inländischen Capital einen Canal eröffnen würde, der dasselbe aus dem großen Verkehrsstrom der heimischen Industrie ableiten müßte. Große Eisenbahn-Unternehmungen und andere Associationen, die berufen sind, zur Regenerierung unserer Finanzlage mitzuwirken, sind mit ihren Geldanforderungen auf den inländischen Capitalmarkt verwiesen. Ihnen eine Concurrenz zu bereiten, die das Einzelinteresse direct gefährdet, das Gesamtwohl indirect schädigen würde — das war es, wovon die Regierung zurückschreckte, weshalb sie das Terrain ihrer Thätigkeit jenseits der Reichsgrenzen verlegte. Nicht ohne beträchtliche Opfer ist ihr der Versuch gelungen, und man kann es getrost aussprechen, daß die Regierung weit entfernt davon ist, die Größe derselben zu verkennen, oder durch Spiegelreflexionen zu verkleinern. Allein ebenso aufrichtig, wie sie dies zugibt, ebenso berechtigt ist sie auch, eine aufrichtige Prüfung der Verhältnisse und Schätzung der Erfolge zu beanspruchen. Mit der Leitung des Staatschiffes hatte die Regierung auch die Verpflichtung übernommen, die demselben auflastenden Verbindlichkeiten zu erfüllen. Welche dringender Art dieselben waren, war aller Welt bekannt und gewisse Organe verabsäumten nicht, mit selbstmörderischer Schadenfreude schwarz zu färben, wo nur ein leichter Fleck sich zeigte. Erhöhte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Steuerträger zu stellen, erachtete die Regierung, in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse, für eine bare Unmöglichkeit. Das vordem beliebte Mittel, die Steuern auf Jahre hinaus zu verpfänden, erschien ihr unwürdig und die eigene Kraft wie die des Staates lähmend. Die Beschaffung im Wege der Anleihe war sonach der einzig zu billigende Weg und da wird man es wohl nicht unbegrifflich finden, daß die allgemeine Vertheuerung des Capitals ihre Rückwirkung selbst dort empfindlich geltend machen mußte, wo der Staat als Contrahent auftrat. Wenn die Regierung aber dem Interesse der Darlehen große Concessionen machen mußte, so gelang es ihr andererseits, den unwiderlegbaren Beweis zu führen, daß das Ausland, die bedeutendsten Staaten an der Spitze, wahrhaft von der Reuegestaltung und Lebenskraft des Kaiserstaates überzeugt ist. Denn wahrlich, wäre diese vertrauensvolle Ueberzeugung, die sich solcher Gestalt aus allen Schichten der Bevölkerung des Reiches mittheilen muß, nicht vorhanden, so hätte die Regierung füglich noch das Dreifache dessen, was sie zugestand, bieten können, ohne ein Resultat zu erzielen, das sich in so ausgiebiger und greifbarer Weise darstellt. Ist schon dies ein moralischer und materieller Sieg, der alle gegnerischen Verleumdungen zu Schanden macht, so reiht sich demselben als zweiter Erfolg der Umstand an, daß der Staat nunmehr in der Lage ist, den überkommenen Verpflichtungen gerecht zu werden. Insbesondere erhält dies einen hohen Werth ge-

genüber der Nationalbank, von der sich der Staat bis zum Schluß des Jahres 1866 vollkommen unabhängig gemacht haben wird. Denn das so nach noch ausstehende Darlehen von 80 Millionen, welches die Bank zur Zeit der Verlängerung ihres Privilegiums gewährte, ist mehr als eine Garantie für die Einhaltung ihrer Verbindlichkeiten anzusehen, wie dies ja auch in England und Frankreich der Fall ist, nur daß dort die bezüglichen Summen weit höher sind und daß die österreichische Regierung vor denen jener Staaten den Vortheil der Unverzinslichkeit voraus hat. In dem Maße, als die Finanzverwaltung in Stand gesetzt ist, ihre Solvenz gesichert zu sehen, kann sie sich auch frei und unbehindert jenen Schritten überlassen, die sie dem vorgestreckten Ziele, der Regelung der Finanzlage näher bringen werden. Zwar das Ziel ist weit und der Weg es zu erreichen, voll der größten Schwierigkeiten. Aber hoffentlich werden die Völker Oesterreichs hierüber nicht minder vertrauensvoll denken, als dies das Ausland jetzt bethätigt hat.

Krakau, 27. November.

Am 12. d. M. ist der Gutsbesizersohn Anton Miodowicz, 27 Jahre alt, aus Bendziszow, Brzostko'er Bezirks, aus der kais. russischen Gefangenschaft heimgekehrt und wurde vom k. k. Gränzbezirksamte in Jaworzno an seine Zuständigkeitsbehörde instradirt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. November. Se. Majestät der Kaiser kamen gestern um halb neun Uhr von Schönbrunn nach Wien, um Audienzen zu erteilen und fuhrn nachmittags 3 Uhr wieder nach Schönbrunn zurück. Nach einem an die Betriebsdirection der Nordbahn gelangten Aviso werden sich Se. Majestät der Kaiser Dienstag am 12. December mittelst Separatzug nach Pest begeben. Der Hofzug wird mit einer Geschwindigkeit von 7 Meilen pro Stunde fahren und auf dem ganzen Wege bloß acht Stationen machen. In der königlichen Hofburg zu Ofen sind nach den eingelangten Berichten des Schloßcommandanten bereits alle Vorkehrungen zum Empfange Sr. Majestät getroffen.

Das erhabene Namensfest Ihrer Majestät der Kaiserin Elisabeth wurde in Fischl, wo Allerhöchstdieselben einen großen Theil des Sommers inmitten der blühenden kaiserlichen Kinder zu verweilen geruhten, von allen Herzen gefeiert. Vormittags wohnten die Behörden, die Gemeindevertretung und eine große Volksmenge einem feierlichen Hochamte und Te Deum bei. Abends aber ward im festlich geschmückten Theater von Dilettanten zum wohltätigen Zwecke „Stadt und Land“ gegeben, dem ein schwingvoller Prolog, gesprochen von Fräulein Fanny von Eidsheim, und die vom Männergesangsvereine trefflich vorgetragene „Rose von Baiernland“ vorausging.

Se. Majestät der Kaiser Ferdinand haben dem Volkschriftenverein anlässlich der Ueberreichung des von dem Vereine herausgegebenen „österreichischen Volks- und Wirtschaftskalenders für das Jahr 1866“ 50 fl. Ihre l. Hoheit die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Ludwig Victor und Rainer bei gleichem Anlasse Geldbeiträge zu spenden geruht.

Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Ferdinand ist vorgestern früh aus Brünn hier eingetroffen.

Der Prinz von Hohenzollern ist gestern von Berlin hier angekommen.

Der französische Botschafter Herzog von Gramont und Baron Rothschild sind von einem Jagdausfluge in Schillersdorf wieder nach Wien zurückgekehrt. Nach der „D. Z.“ war die Nachricht, daß Se. Exc. der Herr Finanzminister Graf Larisch sich zur Jagd auf die Güter des Freiherrn von Rothschild begeben habe, unbegründet.

Der Herr Tavernikus von Sennhey ist vorgestern Abends nach Pest zurückgekehrt, der Herr Statthalter Baron Kellersperg gestern in Graz angekommen. Wie der Debatte mitgeteilt wird, tritt Graf Karolyi, k. k. Gesandter in Berlin, demnächst einen längeren Urlaub an, um bei den bevorstehenden Verhandlungen des ungarischen Landtags seinen Sitz einzunehmen.

Der kaiserliche Gesandte Graf Blome ist gestern von München, der kön. sächsische Gesandte Graf Bismarck von London hier angekommen.

Der russische Gesandte am hiesigen Hofe Graf Stackelberg, hat einen Urlaub angetreten und befindet sich derzeit in Paris.

Das Linzer Filialcomité für die Pariser Welt-Ausstellung im Jahre 1867 ist wie folgt zusammengesetzt: Präsident Herr A. G. Pummerer, Vicepräsident Herr Franz Honauer; Ausschüsse aus den Mitgliedern der Handelskammer: die Herren Ignaz Mauer, Joseph Hartmayer, Johann Hürzinger, Joseph Haffel, Kaspar Zeitlinger; Ausschüsse aus den Mitgliedern der o. ö. Landwirtschaftsgesellschaft: die Herren August Friedrich Zechmeister, Joseph Bort, Karl Holz. Zwei weitere Mitglieder werden in der Sitzung des Centralausschusses der o. ö. Landwirtschaftsgesellschaft am 5. December gewählt werden. Schriftführer ist Herr Dr. J. C. v. Figuly.

Deutschland.

Die Arbeiten der unter dem Vorsitz des General-Lieutenants v. Moltke eingesetzten Commission in Betreff der Angelegenheit des Kriegspatens in Schleswig-Holstein sind beendigt. Die „N. Pr. Ztg.“ bezweifelt nicht, daß die Entscheidung für Kiel ausfallen wird.

Die „Zeidl. Corr.“ sagt, die preussische Regierung habe über die Dauer der nächsten Session des Landtages noch keinen Beschluß gefaßt; aber schon im

Sommer sei sie entschlossen gewesen, eine Session, wie die letzte, nicht wieder zu dulden.

Durch am 24. d. publicirtes Urtheil des Berliner Criminalgerichtes wurde v. Schweizer, Redacteur des „Social-Demokrat“, wegen Majestätsbeleidigung zu einjährigem Gefängnis verurtheilt und sofort verhaftet.

Bischof Monrad, von dem die Zeitungen berichteten, daß er sein Vaterland gänzlich zu verlassen beabsichtigt, ist am 22. d. von Kopenhagen in Lübeck eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 25. November. Fürst Metternich hatte vor seinem Abgange nach Compiègne mehrere rasch aufeinanderfolgende Unterredungen mit Herrn Drouyn de L'Huys, welche den abzuschließenden Handelsvertrag zum Gegenstande hatten. Zunächst werden sich die beiden Minister über die generellen Punkte des Vertrags zu verständigen haben und erst, wenn dieselben gefunden, sollen beiderseits Sachmänner zugezogen werden. Von der Reise des Abtheilungsdirectors im Ministerium des Aeußern, Herrn Herbet, nach Wien ist daher für jetzt noch keine Rede. — Graf Apponyi, der kaiserliche Botschafter am großbritannischen Hofe, befindet sich auf der Durchreise nach seinem Posten in Paris. — Heute fand in Compiègne erst Minister- und dann Geheimer Rath statt. Man glaubt zu wissen, daß in beiden Conferenzen die algerischen Angelegenheiten berathen werden sollen. — Die Vermählung des Herzogs von Mouchy mit der Prinzessin Anna Murat soll in Folge des Unfalles, welcher den Herzog kürzlich auf einer Hofjagd widerfuhr, um zwei Monate vertagt werden. — Berichten aus Alexandrien zufolge ist nach der Rückkunft Nubar Pascha's, welcher noch immer mit der Negociation des 75 Millionen-Anlebens in den westeuropäischen Hauptstädten beschäftigt ist, ein ägyptischer Ministerwechsel zu gewärtigen. Sherif Pascha, welcher bisher das Portefeuille des Aeußern inne hatte, soll das Präsidium des Cabinetes und das Ministerium des Innern übernehmen, der bisherige Gouverneur von Alexandrien, Murad-Pascha, dessen administrative Fähigkeiten sehr gerühmt werden, an die Spitze der öffentlichen Arbeiten treten und, wenn die Cabineten von Paris und Florenz keinen Einspruch erheben sollten, Nubar-Pascha zum Minister des Aeußern ernannt werden. Die Lage des Ackerbaues in Aegypten wird als in Folge der ohne Maß um sich greifenden Baumwollencultur sehr bedroht geschildert. — Ein französisches Kriegsschiff geht von Toulon nach Marocco ab, um die schon längst angelegte maroccanische Gesandtschaft nach Frankreich zu bringen. Die Cholera war bis jetzt schuld daran, daß die Vertreter der maroccanischen Majestät noch nicht gekommen sind. — Der Conföderirten-Dampfer „Gebenando“ ist am 22. d. von Liverpool nach New-York abgefährt worden. — Manche der hiesigen kleinen Journale haben Einzelheiten über das Hofleben in Compiègne gebracht, die dort übel vermerkt wurden. Man trägt daher jetzt Sorge, daß der profanen Menschheit möglichst wenig von dem offenbar werden, was sich „auf der Höhe“ ereignet. — Nach Berichten aus Aden vom 5. d. will der Kaiser Theodor den englischen Consul Cameron nicht herausgeben. Er will, daß man ihm in einem Jahre erst wieder von ihm spreche. — Das Finanz-Exposé des Herrn Fould wird, wie gewöhnlich, in den ersten Tagen des Decembers erscheinen und sehr befriedigender Natur sein. Die in demselben vorgenommenen Ersparnisse belaufen sich auf die 30 Millionen, die Thiers in der vergangenen Session verlangte.

Großbritannien.

London, 23. November. Auf Schloß Windsor ist vorgestern die fünfundschwanzigste Jahresfeier der Geburt der Kronprinzessin von Preußen begangen worden. Als vor acht Uhr die letzten Töne des God save the Queen, des Schlußes des Programms, verklungen waren, begannen die Glocken der Schloßkapelle und der Kirchen von Windsor zu läuten, während in den Straßen zahlreiche Flaggen wehten. Von den Mitgliedern der königlichen Familie waren nur der Prinz und die Prinzessin von Wales nicht bei der Geburtstagsfeier zugegen. Zum erstenmale seit dem Tode des Prinzen Albert spielte die Privat-Capelle der Königin in dem Schlosse. In New-York sind 50 Kaperbriefe der Regierung von Chili eingetroffen, 2 Kaper sind unter chilenischer Flagge ausgelassen. — Es hat sich ein Arbeitercomité gebildet, um zur Errichtung eines nationalen Denkmals für Palmerston mitzuwirken. — Dem im vorigen Jahre verstorbenen Schriftsteller Thackeray ist in der Westminster-Abtei in Ehren-Denkmal gesetzt worden. (Sein Grab befindet sich auf dem Friedhofe von Kensal-Green.)

Italien.

In einem in Wien angekommenen Briefe aus Florenz, in den das „N. Fremdenbl.“ Einsicht erhielt, wird bestimmt versichert, daß Garibaldi auf persönliche Einladung des Königs nach Florenz komme. Garibaldi erklärte in einem an einen Freund gerichteten Schreiben, daß er mit dem Könige in allen Fragen vollkommen übereinstimme.

Aus Rom, 18. d., wird geschrieben: In den ersten Tagen des December wird der Papst ein geheimes Consistorium abhalten, um mehrere neu ernannte Bischöfe zu präconisiren, darunter den Bischof von Dänabück, Mgr. Melchen, zum Erzbischofe von Köln und den Nuntius in Brüssel, Gn. Ledochowski, zum Erzbischofe von Posen.

Unser Land.

Die Universität in Dorpat zählt heuer 594 Studenten; darunter sind 273 Estländer, 137 Kurländer, 66 Estländer, 11 Polen, 105 Russen und 2 Ausländer.

In Dünaburg fand am 6. September (v. s.) bei zahlreicher Versammlung des Volkes und des Militärs die

